

GUANTANAMO

Knifflige Fragen

Die Gespräche über europäische Hilfe bei der Schließung des US-Gefangenenlagers Guantanamo kommen nicht voran. Eine EU-Delegation, die vorige Woche dem amerikanischen Justizminister Eric Holder einen umfassenden Fragenkatalog überbracht hatte, kehrte ohne jede Antwort zurück. Wie die Europäische Gemeinschaft sei auch die neue US-Regierung in der Sache „tief zerstritten und völlig ratlos“, urteilt ein Brüsseler Kommissionsbeamter. Deshalb werde die Aufnahme freigelassener Guantanamo-Häftlinge durch europäische Staaten „uns noch das ganze Jahr beschäftigen“.

Barack Obamas Wahlkampf-Ankündigung, das Lager in dem auf Kuba gelegenen US-Stützpunkt zu schließen, lässt sich offenbar nur schwer umsetzen. Von den knapp 250 Häftlingen will Washington die meisten ohne Prozess in ihre Heimat abschieben. Womöglich über 50 Insassen drohen dort aber Verhaftung, Folter oder Tod. Diese Gruppe – darunter 17 chinesische Uiguren – würde Obama gerne seinen europäischen Partnern überantworten. Doch die wollen vorab einiges klären: Warum behalten die Amerikaner ihre als „harmlos“ eingestuft Ex-Gefangenen nicht selbst? Bekommen die aufnahmewilligen Länder alles Geheimdienstmaterial über die Betroffenen? Werden die zu Unrecht Inhaftierten entschädigt? Von wem? Was ist, wenn die Ex-Häftlinge auf Schadenersatz klagen? Aber auch die EU-Innen- und -Justizminister können sich nicht einigen, ob die Guantanamo-Insassen politische Asylanträge sind, und wer ihnen Pässe geben soll, wenn sich ihr Heimatland verweigert. Schwierig sind auch die Sicherheitsgarantien, die ein Aufnahmeland seinen Nachbarn angesichts der weithin offenen EU-Grenzen bieten muss.

Um es sich mit der neuen Weltmacht-Regierung nicht gleich zu verderben, bieten die Europäer der US-Regierung kurzfristig einen anderen Freundschaftsdienst an. Die EU könne sich ja um die Betreuung und Resozialisierung jener Freigelassenen kümmern, die zwar in ihre nordafrikanische oder nahöstliche Heimat zurückkehren dürfen, dort aber unkontrolliert und auf sich selbst gestellt bleiben. Immerhin, halten Brüssels Unterhändler ihren transatlantischen Gesprächspartnern vor, seien kürzlich ein saudi-arabischer und ein jemenitischer Heimkehrer aus Guantanamo umgehend in pakistani-sche Terror-Camps verschwunden.



MOHAMMAD KHEIRKHAH/UPI/LAIF

Präsidentschaftsbewerber Mussawi

IRAN

„Chatami hat sich geopfert“



ASLON/ARFA

Der Teheraner Publizist und politische Berater Mohammed Atrianfar, 55, über die Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 12. Juni

SPIEGEL: Für das Amt des Staatschefs bewirbt sich nun auch der frühere Ministerpräsident Hossein Mussawi, 67. Welchem politischen Lager rechnen Sie Mussawi zu?

Atrianfar: Er ist ein Konservativer, der die Prinzipien der Revolution achtet: Gerechtigkeit, Unabhängigkeit. Aber er zählt nicht zu jenen Konservativen, für die Präsident Mahmud Ahmadinedschad steht. Er war nie ein Hardliner. Das passt gar nicht zu ihm. Er ist ein Künstler, ein Modernist, ein Mann aus der Welt der Kultur. Mussawi steht da-

her eher für das Lager der Technokraten und Pragmatiker. Manche seiner Stellungnahmen, etwa wenn er mehr Offenheit fordert, klingen sogar reformorientiert.

SPIEGEL: Es war viele Jahre vergleichsweise still um Mussawi. Was hat ihn bewegt, nun wieder in die Politik einzusteigen?

Atrianfar: Er sagte neulich, er habe das Gefühl, das Land werde zugrunde gerichtet, wenn das Missmanagement der gegenwärtigen Regierung weitergehe. Er kandidiert, um Iran, die Revolution und das System vor dem Niedergang zu bewahren.

SPIEGEL: Hat Mussawi die Rückendeckung des religiösen Führers Ajatollah Ali Chamenei, oder sind sie zerstritten?

Atrianfar: Die Auseinandersetzungen liegen fast 30 Jahre zurück. Da ging es um die

PAKISTAN

Schwieriger Freund

Nach monatelangen Beratungen will die amerikanische Regierung in den nächsten Tagen ihre neue politische und militärische Strategie für Afghanistan vorlegen. Im Zentrum wird der erhebliche Ausbau des afghanischen Sicherheitsapparats stehen. Auf schnelle Fortschritte bei der Demokratisierung bestehen die Amerikaner offenbar nicht länger. Jetzt bewerten auch die Briten die Lage in Afghanistan neu und kamen zu düsteren Ergebnissen. Das Verei-

nigte Königreich, die USA und die Nato seien dabei, diesen Krieg zu verlieren, erklärten hochangesehene Sachverständige in London einem kleinen Kreis britischer Parlamentarier. Dabei richteten sie ihren Blick vor allem auf das Nachbarland Pakistan und referierten unter anderem Ge-

heimdienstkenntnisse des britischen Verteidigungsministeriums. Verantwortlich für das Scheitern der Allianz sei in erster Linie das pakistanische Militär, das die Taliban „aktiv unterstütze“. Solche Hilfe müsse als verdeckte Politik der Regierung in Islamabad gelten. Sie richte sich gegen



REUTERS

Pakistanische Taliban

Kompetenzverteilung zwischen dem damaligen Premier Mussawi und Chamenei, der seinerzeit Präsident war. Jetzt aber wird ein Wahlsieg Mussawis die Flügelkämpfe beenden, die durch die Kandidatur von Mohammed Chatami verschärft worden waren. Diese Entspannung wird die religiöse Führung sicher begrüßen. Außerdem hat Chamenei bei kulturellen und außenpolitischen Themen mehr Gemeinsamkeiten mit Mussawi als mit Chatami.

SPIEGEL: Nach Mussawis Bewerbung hat Ex-Präsident Chatami seine Kandidatur zurückgezogen.

Atrianfar: Chatami hatte sehr gute Siegeschancen. Sein Rücktritt erfolgte nicht aus Angst vor einer Niederlage. Aber viele behaupteten, seine Kandidatur führe zu Spannungen. Als verantwortungsvoller Politiker hat er sich mit seinem Rücktritt im Interesse des Landes geopfert. Und natürlich wurde ihm auch deutlich, welche persönlichen Gefahren ihm drohten. Seine Gegner versuchten, seinen Ruf zu ruinieren. Er musste sogar um sein Leben fürchten.

SPIEGEL: Sehen Sie Anzeichen dafür, dass der religiöse Führer Chamenei von seinem Schützling Ahmadinedschad abbrückt?

Atrianfar: Direkt unterstützt die Führung keinen der Kandidaten. Es sind die Männer um Chamenei herum, die den einen Kandidaten fördern und den anderen ablehnen. Als Chatami der Kandidat war, favorisierten diese Männer Ahmadinedschad. Mit einem Kandidaten wie Mussawi haben diese Leute kein Problem. Ich glaube, für die Führung macht es jetzt keinen Unterschied, ob Ahmadinedschad noch einmal gewinnt oder ob Mussawi kommen wird. Der religiöse Führer wird beide begrüßen.

die Administration in Kabul, weil diese enge Verbindungen zum Erzfeind Indien pflege. Pakistan wolle, dass die Regierung Karzai scheitert und somit auch die westliche Koalition, die sie stützt. Dem Verbündeten Pakistan sei nach Aussage der britischen Experten nicht zu trauen.

Nato und Amerikaner sind jedoch abhängig von ihren guten Verbindungen zur Islamischen Republik: Bis zu 80 Prozent des Nachschubs für die Afghanistan-Mission laufen über ihr Territorium. Eine Ausweitung der amerikanischen Luftschläge gegen die Taliban im Grenzgebiet zu Afghanistan auf Ziele wie etwa die Taliban-Hochburg Quetta, was Präsident Barack Obama vorige Woche erwog, beurteilen die Briten als „hochriskant“. Pakistan sei jederzeit in der Lage, extremistische Gruppen einzusetzen, um den Hass auf die westliche Allianz zu schüren.



Unternehmerin Baturina

RUSSLAND

Ex-Milliardärin in Nöten

Das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ bescheinigte Russlands reichster Frau vor Krisenbeginn ein Vermögen von umgerechnet 4,2 Milliarden Dollar. Jetzt hat Jelena Baturina, die im Schatten ihres Mannes, des Moskauer Oberbürgermeisters Jurij Luschkow, zur zeitweilig einzigen Milliardärin Russlands avancierte, Staatshilfen für ihren Baukonzern Inteko beantragt. Das Unternehmen soll vom Wirtschaftsministerium Kreditgarantien in Höhe von 1,08 Milliarden Euro erhalten. Inteko gehört nun mal zu den 295 systemrelevanten Unternehmen, denen die Regierung Unterstützung zugesagt hat. Im vergangenen Jahr soll die Firma Verluste in Höhe von rund 44 Millionen Euro verbucht haben. Den als korruptionsempfänglich geltenden Beamten schlägt Baturinas Konzern vor, gemeinsam mit privaten und öffentlichen Teilhabern zu arbeiten. Dazu hat die Chefin bereits eine Aktiengesellschaft mit dem programmatischen Namen Patriot gründen lassen. Mit dem Staat, der 25 Prozent der Firmenanteile erhalten soll, will das Unternehmen neue Grundstücke für den Wohnungsbau erschließen. Mit Unterstützung aus der Staatskasse, so Inteko-Vize Oleg Soloschtschanski, müssten gerade in Krisenzeiten Zementfabriken modernisiert und neue Produktionsanlagen errichtet werden. Nach Einschätzung des russischen Oppositionspolitikers Garri Kasparow bereitet sich die Bürgermeistergattin mit Hilfe der Staatsgelder schon auf die Zeit nach dem absehbaren Amtsende ihres Ehemanns vor.

ITALIEN

Krieg der Clubs

Erst hatte es nach einem Witz ausgesehen, als Silvio Berlusconi im November 2007 vom Trittbrett seines Mercedes aus beiläufig die Gründung einer neuen Volkspartei verkündete. Jetzt wird es ernst. Am Freitag tagt auf dem Messegelände von Rom der Gründungskongress des „Popolo della Libertà“ (Volk der Freiheit). Es ist die Fusion von Berlusconis „Forza Italia“ und der rechtskonservativen „Alleanza Nazionale“ von Gianfranco Fini. Die Alleanza war aus der neofaschistischen Bewegung MSI hervorgegangen. „Wir werden unsere Werte in den PdL hineinbringen“, erklärte Fini. Damit wird es in Italien wieder eine mehrheitsfähige Mitte-rechts-Partei geben. In gewohntem Optimismus erklärte Berlusconi, man könne 51 Prozent der Stimmen erreichen. Warum nicht gleich 92 Prozent bei den Europawahlen, konterte Oppositionsführer Dario Franceschini. Vergebens blieben Berlusconis Versuche, auch die „Lega Nord“ einzubinden. Zu den Zutaten der neuen Minestrone-Partei gehören dagegen „Azione Sociale“ der Duce-Enkelin Alessandra Mussolini, die Partei der Pensionäre, die Neuen Sozialisten, die Volksliberalen und diverse Splitter der Christdemokratie. Im Vorfeld des „1. Nationalkongresses“ war es



Partner Berlusconi, Fini

weniger um ideologische Differenzen als um Pöstchen im künftigen Parteiapparat gegangen. Die Manöver der Zirkel und Strömungen werden intern als „Krieg der Clubs“ bezeichnet. Die Mehrzahl der Delegierten gehört zum Umfeld der „Forza“, es gilt als gewiss, dass Berlusconi zum Parteichef gewählt wird. Eine Doppelspitze hat er ausgeschlossen. Unklar ist daher die künftige Funktion von Fini in der Partei. Noch kürzlich hatte der Parlamentspräsident vor „Cäsarantum“ in der künftigen Partei gewarnt. Vermutlich spekuliert Fini auch nur darauf, selbst Cäsar zu werden, wenn der 72-jährige Berlusconi dereinst abtreten sollte.